

### 3. Strukturelle Probleme der polnischen Parteien

Die Ereignisse von 1989 und 1990 brachten Polen den Wechsel des politischen Systems, die Wende zu bewährten Formen der westlichen freiheitlichen Ordnung, den Zusammenbruch der staatssozialistischen, zentralgelenkten Wirtschaftssysteme sowie die Auflösung der internationalen Ordnung nach dem Zweiten Weltkrieg. Dies bedeutete für die Situation in Polen die Einführung bestimmter Formen der parlamentarischen Demokratie und der Marktwirtschaft, gleichzeitig die Wiedererlangung der Souveränität und den Beginn des Strebens nach europäischer Integration. Der erstgenannte Faktor brachte eine Veränderung der Beziehung der Menschen zum Staat und ihrer Haltung zur Politik sowie eine grundlegende Veränderung der ökonomischen und sozialen Struktur der Gesellschaft mit sich. Diese Entwicklungen in der Gesellschaft führten zu sehr instabilen Voraussetzungen für die Institutionalisierung des Lebens im Allgemeinen und für die Institutionalisierung der Konflikte in Form von Parteien im Besonderen.

In Polen gibt es eine Gesellschaft, die in den meisten Bereichen des Lebens Jahre unter den Bedingungen einer permanenten Krise lebte. Die Wende 1989 führte zu immensen unausgesprochenen Hoffnungen. Um so größer war die Enttäuschung der meisten Polen, als sich ihre Erwartungen nicht erfüllten. Die Politik sah sich einer atomisierten und polarisierten Gesellschaft gegenüber. Die Entstehung der Parteien und ihre gegenseitigen Beziehungen standen unter dem Zeichen der *Überforderung der Akteure* (Segert 1993). Die Politiker konnten sich untereinander nicht verständigen; Teilungen, „Scheidungen“, „Kriege“, und Fragmentierung herrschten auf der politischen Bühne. Die Bürger wollten und konnten sich mit keiner Partei identifizieren, von einer Mitgliedschaft ganz zu schweigen. Die Parteien konnten die Gruppeninteressen nicht integrieren, solange sich die Gruppen nicht selbst integriert hatten. Aber auch sich selbst konnten die Parteien nicht integrieren. Ihnen fehlten Differenzierungsmerkmale, die Linien der Teilungen blieben unscharf. Persönliche, ökonomische, kulturelle, historische und andere Kontroversen traten gleichzeitig auf.

Die größte Bedeutung für die Entwicklung der Parteien hatte die Parlamentarisierung. Parteien mussten für sich werben und Bürger mit Argumenten für sich gewinnen. Im Parlament mussten sie lernen zusammenzuarbeiten oder in Opposition zueinander zu stehen. Das heißt: Sie mussten Prioritäten setzen und Kompromisse eingehen. Der Wettstreit der Parteien begann sich auf die wichtigsten Fragen zu konzentrieren. Es entstanden (auch programmatische) Lager und Koalitionen. Immer mehr Bürger fanden eine Partei, mit der sie sich identifizieren konnten. Die Debatten über die aktuellen wirtschaftlichen, sozialen und politischen Probleme führten zur Herausbildung erkennbarer Trennlinien. Außer der Frage der Rolle des Staates im Wirtschaftsleben, des Tempos der Reformen und der Formen des Eigentums, also der typischen Fragen des Rechts-Links-Schemas, standen die Fragen der Form des Regierungssystems, der Rolle der Kirche und der nationalen und christlichen Werte als strukturierende Elemente des Parteiensystems. Auch die Rolle Polens in dem sich integrierenden Europa stand auf der Tagesordnung.

Die politische Szene Polens blieb nicht stabil. Sie wurde zum parteipolitischen Schauplatz fortgesetzter Zellteilungen, die von der Mehrheit der Wähler bald nicht mehr überschaut und

eingeorordnet werden konnten. Die Oligarchisierung und Personifizierung der Politik, die Verparteilichung des Staates, vor allem aber die Art und Weise der Machtausübung führte bei der polnischen Bevölkerung zu größter Irritation, wenn nicht gar Abscheu den politischen Eliten gegenüber, was sich eindeutig in einer sehr niedrigen Wahlbeteiligung und politischen Partizipation widerspiegelte. Diese Situation fasste Śpiewak - der polnische Soziologe und Journalist, der die polnische Demokratie seit ihrer Etablierung mit kritischer Aufmerksamkeit verfolgt - folgendermaßen zusammenfassen:

*Ich fühle mich in der Welt der Politik immer unwohler, immer weniger zu Hause. Wie viele meiner Freunde hat mich der Geist des Zweifels und der Enttäuschung eingeholt. Ich erwarte von den Politikern nichts Gutes mehr, von neuen Gesetzesentwürfen auch nicht.<sup>87</sup>*

Wie es nun dazu gekommen ist, dass nach 15 Jahren Transformation in Polen nicht von einem konsolidierten Parteiensystem gesprochen werden kann? Die „relative Ohnmacht der Parteien“ (Mangott 1992: 110), auch deren Rollen- und Identitätskrisen sind durch interne strukturelle Schwächen, aber auch durch externe Rahmenbedingungen zu erklären. Die Probleme und Charakteristika des polnischen Parteiensystems kann man auf zwei Ebenen betrachten. Die erste bezieht sich auf das Verhältnis zwischen Gesellschaft und Parteien, die zweite betrifft die Prozesse innerhalb der Parteien und des Parteiensystems.

Die Beziehung der Gesellschaft zur Politik im Allgemeinen und zu den Parteien im Besonderen stellt das größte Problem der polnischen Demokratie und das Hauptproblem der polnischen Parteienstruktur dar. Die polnischen Parteien sind keine Institutionen, die vom Bürger als Forum zur Politikbeteiligung wahrgenommen werden. Ihnen mangelt es an einer starken sozialen Basis, so dass sie ihre Rolle als Institutionen der Interessenartikulation bzw. -aggregation unzureichend ausfüllen.<sup>88</sup> Die Gesellschaft war und ist politisch weitgehend passiv, was sich einerseits in einer niedrigen Wahlbeteiligung äußert und andererseits auch im Unwillen, sich in politischen Parteien, Gewerkschaften oder in anderen zivilgesellschaftlichen Formen zu engagieren.<sup>89</sup>

Umfragen<sup>90</sup> belegen, dass das Interesse der Polen an Politik gering ist. Nur ein Drittel der Befragten verfolgt die Ereignisse auf der politischen Bühne, regelmäßig davon nur vier Prozent.<sup>91</sup> Das Desinteresse der anderen ist sehr „stabil“ und änderte sich auch während „heißer“ Phasen in der Politik (Wahlen, Regierungswechsel, Spionageaffäre) nicht. Besonders beunruhigend ist, dass die größte Zahl der Desinteressierten zwischen 19 und 29 Jahren alt ist. Dies wirkt sich – angesichts der

---

<sup>87</sup> Paweł Śpiewak, hier zitiert aus Tewes 2002: 27.

<sup>88</sup> Dies stellte Glaeßner (1994: 253) Anfang der 90er Jahren fest, und es entspricht auch weiterhin der Situation im heutigen Polen.

<sup>89</sup> Beispielsweise gibt es im heutigen Polen ca. 40 Tsd. NGOs, zur Vergleich: in Spanien 150 Tsd., in Großbritannien 180 Tsd. und in Schweden sogar 200 Tsd. in: Lis 2003: 63. Zur Entwicklung von Zivilgesellschaft und Bürgerengagement in Polen siehe: Garsztecki 2001.

<sup>90</sup> Centrum Badania Opini Publicznej - CBOP (Meinungsforschungsinstitut) führt jedes Jahr Umfragen u.a. über: „Vertrauen zu den Institutionen“, „Politische Präferenzen der Polen“ und „Der polnische ‚homo politicus‘ - politische Interesse der Polen“ durch. Siehe: Materialgrundlage 1.3. *Meinungsforschungsberichte*.

<sup>91</sup> *Polski "homo politicus"* CBOP-Bericht K.054/00, v. 21.03.2000.

Altersstruktur in Polen - gravierend auf die Wahlbeteiligung aus, die in allen Wahlen um 50 Prozent lag, bei Kommunalwahlen sogar nur zwischen 30 und 40 Prozent. Bei den letzten Wahlen, die gleichzeitig die ersten Europawahlen in Polen waren, wies Polen – mit einer Wahlbeteiligung von 20 Prozent im EU-Vergleich - die niedrigste Wahlbeteiligung in der Geschichte der Wahlen für das Europäische Parlament auf.

Trotz der Überzeugung, die sich in der Gesellschaft gehalten hat und durch Meinungsumfragen belegt ist, dass die Demokratie „die beste unter den bekannten Regierungsformen“<sup>92</sup> sei, werden die Leistungen der Parteien als nur sehr mittelmäßig eingeschätzt. Umfrageergebnissen zufolge war mehr als die Hälfte der Befragten (53 Prozent) der Meinung, dass „niemand politische Parteien braucht außer ihre Parteiführer und Aktivisten selbst.“<sup>93</sup> Eine eindeutige Mehrheit (67 Prozent) der Befragten sprach sich für die Notwendigkeit der Existenz konkurrierender Parteien aus. Trotz dieser Akzeptanz wird jedoch die Tätigkeit der Parteien auf der politischen Bühne negativ eingeschätzt. Der Grad des Vertrauens in Sejm und Senat (ca. 38 Prozent) und vor allem in die Parteien (ca. 15 Prozent) verdeutlichen dies. Dabei sind über 80 Prozent der Befragten fest davon überzeugt, dass Politiker unehrlich und unglaubwürdig sind und sich nur um eigene Geschäfte und nicht um die einfachen Leute kümmern.<sup>94</sup>

Andere Umfragen haben die vermutlich tiefliegenden Wurzeln solcher negativen Meinungen über Parteien offengelegt. Danach haben die Menschen nicht den Eindruck, von diesen Parteien vertreten zu werden. Folgt man Sartori (1962): *Democratic government (...) is a responsive government, a government attentive to and influenced by the voice of the people* – hat sich für einen beträchtlichen Teil der Polen diese *responsive* Form von Demokratie noch nicht verwirklicht. Jahr für Jahr antwortet ungefähr die Hälfte der Polen auf die Frage: „Vertreten irgendwelche Parteien in Polen Menschen wie Sie?“ mit „Nein“. 2000 beispielweise erklärten 18 Prozent der Befragten „definitiv keine“ und 26 „eher keine“<sup>95</sup>: Mit anderen Worten: Ungefähr die Hälfte der Gesellschaft fühlt sich nicht durch Parteien vertreten.

Ein Bindeglied zwischen den oben genannten Variablen stellt die Kenntnis der Parteien und die Identifikationen mit ihnen dar. Am niedrigsten waren beide Werte vor den Parlamentswahlen 1991: Sie erreichten höchstens 15 Prozent. Eine Wende ergab sich durch die Wahlkämpfe und Wahlen selbst. Die Parteiidentifikation wuchs kontinuierlich und erreichte ihren höchsten Wert, über 64 Prozent 1997. Heute wird der Anteil derer, die eine feste Präferenzen oder zumindest Sympathie einer bestimmten Partei gegenüber hegen, auf ca. 54 Prozent geschätzt (Markowski 2002).

Insgesamt werden politische Institutionen, mit Ausnahme des Präsidentenamtes, und zwar aufgrund des sehr populären Präsidenten Kwaśniewski, eher schlecht bewertet, während eher intermediär zu verstehende Institutionen wie Radio und Fernsehen, der Ombudsmann für

---

<sup>92</sup> *Polacy o demokracji w Polsce (Die Polen über die Demokratie in Polen)*, CBOP-Bericht K.048/03, v. 13.03.2003, vgl. dazu auch: Grabowska/Szawiel 2001b.

<sup>93</sup> *Zaufanie do instytucji 6 - podsumowanie (Vertrauen in die Institutionen – Zusammenfassung)*, CBOP-Bericht K.002/04, v. 05.01.2004.

<sup>94</sup> *Ocena polskiej klasy politycznej (Bewertung der polnischen, politischen Klasse)*, CBOS-Kommunikat Nr. 51/2001, v. 25.04.2001.

<sup>95</sup> *Polski „homo politicus“* CBOP-Bericht K.054/00.

Bürgerrechte etc. positiver wahrgenommen werden<sup>96</sup>. Dies war zu Beginn der 90er Jahre noch anders, als politischen Organisationen wie Sejm und Senat ein großer Vertrauensvorsprung entgegengebracht wurde, da sie direkt mit dem erwünschten demokratischen Wandel identifiziert wurden (Garsztecki 1999). Die mit der ökonomischen Transformation verbundenen Umstrukturierungen führten bei vielen Bürgern zu Enttäuschungen über die wirtschaftliche und sozialstaatliche Leistungsfähigkeit des politischen Systems und seiner Eliten. Diese hat in vielen Ländern, nicht nur in Polen, zu einer Abnahme des allgemeinen Vertrauens in das System und mehr noch des Vertrauens in die politischen Institutionen sowie zu einer Schwächung der Partizipationsbereitschaft geführt (Ismayr 2004). Mit anderen Worten: Die Unmöglichkeit, die Probleme der Systemtransformation innerhalb weniger Jahre mittels parlamentarischer Demokratie zu lösen, führte zu einer wachsenden Ablehnung der Parteien in der Bevölkerung.

Die wünschenswerte Beteiligung der Bürger an der Demokratie trifft in Polen auf ein grundlegendes, historisch begründetes Problem. Dies ist die skeptische Haltung Staat und staatlichem Handeln gegenüber. Die staatlichen Institutionen und deren Vertreter wurden von den Polen zumeist als Repräsentanten einer fremden, und der polnischen Tradition, Sprache, Kultur und Konfession gegenüber feindlich eingestellten, Obrigkeit empfunden (Mildenberger 1998a: 40). Begründet ist diese Einstellung in der Geschichte Polens, in den Teilungen, der Fremdherrschaft, der Unterdrückung und der Verfolgung, die bis zur sowjetischen Dominanz, einander folgten. Da die Polen lange Zeit entweder über keinen Staat verfügten oder aber in einer Staats- und Gesellschaftsordnung zu leben gezwungen waren, die ihren Traditionen widersprach, wurde der Staat von vielen als etwas Fremdes, Oktroyiertes aufgefasst. Dies schlägt sich bis heute in einer skeptischen Haltung gegenüber staatlichem Handeln und staatlichen Institutionen nieder. In der politischen Terminologie spiegelt sich dies wider: Dem Begriff *Partei* (*partia*) werden umfassendere Bezeichnungen wie - *Bewegung* (*ruch*), *Block* (*blok*), *Union* (*unia*), *Liga* (*liga*) oder *Plattform* (*platforma*) vorgezogen.

Die politische Reserviertheit der Gesellschaft kann man mit der mangelnden Erfahrung Polens mit der parlamentarischen Demokratie erklären oder auf Schwierigkeiten im Zusammenhang mit der Schaffung einer neuen politischen Ordnung zurückführen. Es bleibt jedoch unbestritten, dass es weder den neuen noch den alten Eliten gelungen ist, die Gesellschaft von der Politik in Sachen Demokratie zu überzeugen, eher umgekehrt. Aufgrund zahlreicher Affären<sup>97</sup>, hoher Instabilität und der erwähnten Ablehnung institutionalisierter Formen der politischen Willensbildung sind die Parteien nicht populär und ziehen weit weniger als in anderen Ländern Bürger zum Engagement an (Grabowska/Szawiel 2001). Auf dieser Ebene, die sich auf das Verhältnis zwischen Gesellschaft und Parteien bezieht, wird das größte Problem der Parteien darin gesehen, dass sie gewissermaßen über der Gesellschaft existieren.

---

<sup>96</sup> *Jacy jesteśmy. Zaufanie Polaków do ludzi i instytucji publicznych oraz gotowość do współpracy (Wie sind wir. Vertrauen der Polen in Institutionen und Bereitschaft zur Kooperation)*, CBOS-Kommunikat Nr. 40/2002, v. 16.03.2002, vgl. auch: *Partie polityczne: ich reprezentatywność i profile sympatyków (Politische Parteien: Repräsentierung und Profile der Sympathisanten)*, CBOS-Kommunikat Nr. 2441, v. 27.12.2000.

<sup>97</sup> Die Presse spricht bereits davon, dass das parlamentarische Milieu offenbar stärker kriminogen ist als der Durchschnitt der Gesellschaft (Zimer 2003: 42).

Die Zahl der Parteimitglieder ist - bis auf die postkommunistischen Parteien - minimal.<sup>98</sup> Man schätzt, dass es in ganz Polen mit seinen vielen Parteien ca. 350 000 Parteimitglieder gibt. Das entspricht etwa 1,3 Prozent der Bevölkerung (Śpiewak 2000/2001: 59). Die geringe Mitgliederzahl ermöglicht den Parteien keine flächendeckende Repräsentation auf dem Land. So sind sie in einem hohen Maße auf die Publizität der Medien angewiesen, um ihre fehlenden, organisationseigenen Kommunikationsstrukturen zu den Wählern zu kompensieren. Aufbauend auf ihre, in den Medien erworbene, Popularität gründen einige ambitionierte Politiker neue Parteien und gelangen dadurch für eine gewisse Zeit sogar in den Mittelpunkt des Interesses. Wegen der immer noch hohen Volatilität in den Parteipräferenzen der Wähler (Markowski 2003) und der Virtualität<sup>99</sup> der polnischen Politik (Paradowska 2004: 4) erlangen die neuen Parteien auch sehr schnell eine hohe Wählerunterstützung. Der Aufstieg der PiS der Gebrüder Kaczyński, und von Leppers Samoobrona und auch letztlich der Erfolg der PO sind hierfür markante Beispiele. Hier entsteht kein Dialog zwischen den Parteien und der Gesellschaft. Die Parteien als Eliteverbände können die Vermittlerrolle zwischen Politik und Bevölkerung nicht erfüllen.

Eine andere Ebene für die Untersuchung der Probleme der Parteien bilden ihre innere Struktur und gegenseitigen Beziehungen. Polnische Parteien verfügen mit Ausnahmen der SLD und der PSL über kein gut entwickeltes organisatorisches Netz. Man kann drei Ebenen in den Parteien unterscheiden. Die erste ist die enge Führung, die meistens über wichtige aktuelle politische Fragen entscheidet. Sie ist meistens durch starke Persönlichkeiten dominiert und relativ autoritär (Extreme sind die KPN, die Samoobrona und die PiS). Die zweite Ebene bilden weitere Führungsgremien und/oder die Parlamentsfraktionen (PSL, UW, SLD, PO). Die dritte Ebene bilden die übrigen Mitglieder. Wegen persönlicher und auch Fraktionskämpfen auf den beiden ersten Ebenen werden die Mitglieder, die weit ab der Entscheidungszentren stehen, durch Veränderungen überrascht. Sehr starke persönliche, lokale Bindungen unter den wenigen Mitgliedern führen leicht zu regional bedingten Spaltungen und persönlich motivierten Konflikten.<sup>100</sup>

Eine starke Ideologisierung der Parteien und persönliche Streitigkeiten zwischen ihren Führern, denen oft die Fähigkeit fehlt, persönlichen Meinungen in der Öffentlichkeit für sich zu behalten, erschweren die Zusammenarbeit und Koalitionsbildung beträchtlich. Die Führer riefen heftige Kritik nicht nur bei den Wählern, sondern auch bei einigen Gruppen innerhalb des eigenen politischen Lagers hervor. Die schärfsten internen Kritiker verließen nach einer Zeit ihre Wahlbündnisse und gründeten mit dem Ziel der Korrektur dieser Fehler eigene Parteien.<sup>101</sup> So

---

<sup>98</sup> Der Mitgliederzahl der polnischen Parteien lässt sich nur schwer ermitteln und schwankt auch sehr mit den Jahren: hier die Angaben nach: *Dziennik Polski* v. 13.01.2004 im Internet unter: <http://dzis.dziennik.krakow.pl/?2004/01.13/Kraj/c03/c03.html> Danach ist die PSL mit ihren 140 Tsd. Mitgliedern immer noch die größte Partei in Polen, die zweit größte ist mittlerweile Samoobrona mit 100 Tsd., die dritte SLD - ca. 80 Tsd., weiter die PO- 16-18, LRP - 15, UP - 8, PiS - 4, UW - 5, ROP - 5 und UPR - 2.

<sup>99</sup> Mit einer virtuellen Politik meinte sie eine Politik, die sich weit von der Lebensrealität entfernt befindet, lebensfremde Politik, die sich nur im permanenten Kampf mit den wirksamsten Methoden (Medien und Meinungsumfragen) um die Plätze im Parlament realisiert.

<sup>100</sup> Ausführlich über interne Organisation der polnischen Parteien siehe: Garbowska 2001: 303-358 und im internationalen Vergleich: Machos 2002.

<sup>101</sup> Siehe Beispiele für die Spaltungen und Zusammenführungen der Parteien auf der politische Szene in Polen beschrieben in Kapitel II-1: *Von Solidarność zur Fragmentierung des Parteienspektrums in Polen*.

existierten nebeneinander mehrere Parteien mit gleichen oder ähnlichen politischen Orientierungen. Dieses verschwommene politische Profil der einzelnen Organisationen sowie der ständige Wechsel zwischen verschiedenen Bündnissen erschwerte es den Bürgern, sich in der politischen Landschaft zu orientieren, und bestätigt die Vermutung, dass es in den Parteien primär um Machtgewinn bzw. -erhalt und die damit verbundene Verfügungsgewalt über Ressourcen geht.

In diesem Zusammenhang soll ein wichtiges Phänomen der polnischen Demokratie genannt werden: die Oligarchisierung der Politik. Sie hat zur Folge, dass jeweils nach einem bestimmten Parteischlüssel besetzte Ämter zwei Funktionen haben. Die eine ist die Stärkung der Partei, weil ihre Attraktivität nicht so sehr von ihrem Programm oder von der Besonnenheit ihrer Vorsitzenden abhängt, sondern davon, welche und wie viele Stellen zu besetzen sind. Die zweite Funktion besteht darin, dass die Partei als solche einen verheißungsvollen Weg zu Karriere und Prestige eröffnet. Daher sind die Parteien nicht nur als Organisationen zu betrachten, die der Mobilisierung politischer Kräfte dienen, meinungsbildend wirken und Gruppeninteressen vertreten, sondern ebenso als Vereinigungen (Cliques, Lobby), die für ihre Mitglieder von Nutzen sind und so lange bestehen, wie dieser Nutzen ausgeschöpft werden kann (Śpiewak 2000/01: 58).<sup>102</sup> Es verwundert nicht, dass in solchen Situationen Korruption und Kommerzialisierung des Staates zu einem großen Thema in Polen geworden sind (Tewes 2002). Kolarska-Bobinska, die Direktorin des Instituts für Öffentliche Angelegenheiten, hat es deutlich beschrieben:

*Die Polen hatten gehofft, dass es eine Regierung (SLD) sein würde, die professionell arbeitet und verhältnismäßig ehrlich ist. Diese Regierung aber war einfach nicht imstande, ihre Parteimitglieder im Zaum zu halten, die die Situation ausnutzten, Geschäftsbeziehungen aufzogen und sich in verschiedene Affären verwickelten. Die frühere, konservative AWS-Regierung ist bei den letzten Wahlen durchgefallen, weil sie nicht professionell regiert hat und in sehr viele Korruptionsaffären verwickelt war. Eigentlich hat diese Regierung jetzt alle Fehler der Vorgängerregierung wiederholt.*<sup>103</sup>

Dabei handelte es sich, wie Kolarska-Babińska richtig bemerkt hat, um das rechte Segment des Parteiensystems in Polen, das sich durch seine programmatisch weitgehend diffusen Züge und organisatorischen Mängel auszeichnet sowie um die polnische Linke, die gerade durch ihre Geschlossenheit die stärkste Formation im letzten Parlament bildete. Die SLD ist am Ende der Wahlperiode an ihrem Regierungstil (Rewin-, Orlenaffäre) gescheitert.<sup>104</sup> Die Gründung einer neuen Partei zwang Premier Miller zum Rücktritt: 27 SLD-Abgeordnete und Senatoren spalteten sich am 26. März 2004 von ihrer Mutterpartei ab und formierten unter Marek Borowski die Sozialdemokratie Polen (Socjaldemokracja Polska). Borowski wollte die SLD erneuert sehen. Er hatte sich mit anderen SLD-

---

<sup>102</sup> Problematische Regierungskoalitionsbildungen, die oft an den Postenverteilungen gescheitert sind, kuriose Parteizugehörigkeitwechsel der führenden Politiker (z.B. Czarnecki aus ZChN in Samoobrona sic!) oder eine lange Liste der verschiedenen Parteizugehörigkeiten, die fast jeder Politiker in Polen aufweisen kann, sind nur markante Beispiele für das oben genannte Problem.

<sup>103</sup> Zitat aus Bernd Musch-Borowska 2004.

<sup>104</sup> Die Genossen, gewöhnt an Machtwillkür und Schacher hinter verschlossener Tür, konnten unter Miller der Versuchung, im Trüben zu fischen, nicht widerstehen und haben sich dadurch endgültig in Misskredit gebracht. Ohne personelle Neuerung und eine ethische Rückbesinnung wird sich die SLD nicht halten können. Nach Miller werden auch weitere alte Kader gehen müssen. Ob der Absturz der Linksallianz gleichbedeutend ist mit dem endgültigen Ausscheiden der Ex-Kommunisten aus der Politik und ob sich die neue sozialdemokratische Partei etablieren kann, steht offen, vgl. NZZ Dossier: *Die neuen EU-Mitglieder*, v. 20.04.04.

Spitzenpolitiker auf dem Konvent offen für ein Ende der Illusion ausgesprochen und dringende Reformen in der SLD angemahnt - ohne Erfolg. Das politische Programm der SDPL, die sich programmatisch kaum von der SLD unterscheidet, außer dem Versprechen: "Es besser zu machen", wurde vom ehemaligen Vizechef der Regierungspartei SLD - Andrzej Celiński - ausgearbeitet. "Guter Staat, starkes Europa und linke Regierung" wurde zur Leitidee der Partei. Borowskis SDPL erfährt zuletzt in Umfragen ca. acht Prozent Zustimmung (Grommnitza 2004).

In der Literatur wird oft auf die fehlende Integrität der Parteiprogramme hingewiesen (Wesołowski 1996, 2000, Szymański 2002). Sie seien unscharf, innerlich atomisiert, oberflächlich, bruchstückhaft und inkonsistent. Zwar berufen sich nur wenige Parteien auf allgemeinere politische Theorien oder Philosophien. Dennoch entbehren sie nicht völlig theoretischer Konzepte und ideologischer Schlagworte. Allerdings lässt sich anhand der Parteiprogramme nur mit Mühe erschließen, ob die führenden Politiker Polens Vorstellungen darüber besitzen, nach welchen Modellen Wirtschaft und Demokratie konkret organisiert werden sollen. Besonders aufschlussreich sind in dieser Hinsicht Wahlprogramme, die eine Vielzahl von Klischees enthalten (Wesołowski 1995b: 314).<sup>105</sup>

Die Parteien und Politiker entwickelten erst allmählich detaillierte Programme oder feste Positionen, die nachfolgend oft heftig, und zumal in den ersten Jahren fast dogmatisch diskutiert wurden. Für den Wähler jedoch stellten nicht die Wahlprogramme der jeweiligen Partei die entscheidende Orientierungsgröße dar, sondern die Personen, die die Parteien verkörpern. Politik ist in Polen sehr stark personalisiert. Erfolg haben nur Parteien, die vor allem persönlich überzeugende Spitzenkandidaten medienwirksam präsentieren können. Wahlkampagnen und Massenmedien erlangen eine überragende Bedeutung. Das Wahlverhalten scheint immer noch (und viel stärker als in Westeuropa) relativ leicht durch einen geschickten Einsatz der Medien und attraktive Slogans beeinflussbar sein. So besteht weiterhin die Gefahr, dass Stil mehr zählt als Substanz, Personen mehr als vernünftige Programme, vage Versprechen mehr als konkrete Alternativen, verkündete Moral mehr als ausgewiesene Leistungen, die Manipulation der Macht mehr als der Kampf gegen Armut und Korruption. Wer die materiellen, aber auch die emotionalen und moralischen Bedürfnisse nach Sicherheit und Orientierung am besten zu erfüllen verspricht, kann die Gunst der Wähler schnell gewinnen – und wieder verlieren (Meyer 1997:157).<sup>106</sup>

Wesołowski nennt bei der Beschreibung der Defizite des polnischen Parteiensystems weitere Schwächen der Parteienstruktur. Parteien erfüllen nur äußerst unbefriedigend vier der von ihm genannten Funktionen. Erstes scheitern sie daran, ein umfassendes Modell sozialen Zusammenlebens zu entwerfen, das zur Diskussion gestellt und schließlich als Orientierungsmuster für das jeweilige Handeln dienen soll. Die Parteien versäumen es, ihre ideologische Funktion zu erfüllen. Zweitens sind sie nicht in der Lage, klare Handlungsoptionen für Gesellschaft und Regierung zu strukturieren. Dies gilt insbesondere in ökonomischen Fragen. Drittens scheitern sie daran, ihre

---

<sup>105</sup> Mehr darüber in Kapitel III-6.2.1. *Rechtfertigung der Programmanalyse*.

<sup>106</sup> Politologen und Publizisten sprechen in letzter Zeit viel von wachsendem Populismus in Polen, von dem auch die liberale PO (weicher Populismus) nicht frei sei. Die Art und Weise wie die Samoobrona aufgestiegen ist, hat sich in einem neuen Wort niedergeschlagen: *Lepperiada*.

Regierungsprogramme und -entscheidungen zu vermitteln. Insofern versäumen sie es, ihre Artikulations- und Aggregationsfunktion wahrzunehmen. Viertens haben sie das nötige Entwicklungsstadium nicht erreicht, um Handlungsanreize für die verschiedenen politischen Ebenen zur Verfügung zu stellen. Sie versagen also bei der Erfüllung ihrer Mobilisierungsfunktion. Es gibt zwar Belege für eine andeutungsweise Erfüllung dieser vier Funktionen, entscheidend aber ist, dass diese noch nicht zu Strukturmerkmalen des gesamten Parteiensystems geworden sind (Wesołowski 2000).

Polen ist in nur wenigen Jahren zu einer institutionell fest verankerten Demokratie geworden. Ganz offensichtlich ist in Polen, legt man die Kriterien eines institutionellen Systemwechsels an, die Transformation abgeschlossen. Gewaltenteilung, demokratische Wahlen, ein marktwirtschaftliches System, die Verabschiedung einer neuen, demokratischen Verfassung, mehrmaliger Elitenwechsel etc. alle diese Merkmale einer Demokratie westlichen Typs sind gegeben (Gorszdecki 1999). Nach wie vor besteht es jedoch eine große Diskrepanz zwischen den demokratischen Institutionen und dem bei politischen Eliten, wie großen Teilen der Gesellschaft, immer noch spürbar ungeübten Umgang mit den Regeln eines demokratischen und pluralistischen Rechtsstaates (Mildenberger 1998a: 41). Es herrscht Demokratie ohne demokratische, politische Kultur – wie Wolff-Powęska schrieb (1995: 49).

Kann man die Schwächen der politischen Parteien in Polen als ein Merkmal ansehen, das es erlaubt, von einer besonderen postkommunistischen Demokratie zu sprechen? Es ist vielleicht noch zu früh, um dies kategorisch zu behaupten. Allerdings soll unterstrichen werden, dass in Polen jede politische Umgestaltung, die auf die Errichtung einer Demokratie zielt, einen quantitativen und qualitativen Anstieg organisierter, politischer Aktivitäten implizieren sollte. Die politischen Parteien müssen stark sein, damit sie auf organisierte und institutionalisierte Weise die Freiheit und die neuen gesellschaftlichen Bestrebungen kanalisieren können. Der Grad ihrer institutionellen Entwicklung sollte ein Kriterium für die gesellschaftliche Tiefe und die politische Konsolidierung der errichteten Demokratie sein. Allerdings zieht Machos (2002) in einer vergleichenden Studie über die Organisationsstrukturen der relevanten Parlamentsparteien Ostmitteleuropas die Hypothese in Betracht, derzufolge die derzeitige Schwäche der meisten politischen Parteien in diesen Ländern möglicherweise das Entstehen einer spezifischen Demokratie andeutet, in der die Volkssouveränität sich stärker in einer direkten Kommunikation zwischen den Massen und den politischen Persönlichkeiten ausdrückt, und wo die persönlichen Beziehungen oder informellen, politischen Netzwerke wichtiger sind als institutionalisiertes Handeln.

Insgesamt lässt sich konstatieren, dass die Parteiidentifikation in Polen sehr schwach ausgeprägt und die Volatilität entsprechen hoch ist. Die hohe Fluktuation der Stimmenteile zwischen den Parteien wird noch begünstigt durch die geringe Wahlbeteiligung bei nationalen Parlamentswahlen. Beunruhigend ist dabei die Ablehnung den Parteien gegenüber und die deutlich zu Tage tretende Apathie großer Teile der polnischen Bevölkerung gegenüber politischen Akteuren. Um einer parlamentarischen Demokratie eine dauerhafte Legitimationsbasis für politisches Handeln zu geben, ist eine ausreichende Akzeptanz parteiendemokratischer Grundsätze und Prozesse erforderlich (Jun 2005: 83). Basis dafür ist ein Mindestmaß an Stabilität des Parteiensystems, wovon das polnische Parteiensystem nach zwischenzeitlicher, aber nur kurzer Phase relativer Stabilisierung derzeit sehr weit entfernt ist.



Eine nähere Betrachtung dieses Phänomens würde den Rahmen dieser Arbeit sprengen und wird daher nicht weiter erörtert. Die Diskussion über die Entstehungsmechanismen, die Struktur und Probleme des Parteiensystems in Polen, die ein möglichst umfangreiches Bild der politischen Szene in Polen darstellen soll, wird mit dem folgenden Kapitel über die Außenpolitik Polens abgeschlossen. Ein Gesamtüberblick über die Entwicklung der polnischen Außenpolitik, die von Anfang an als eine Kontinuität in Richtung Europa gesehen wurde, soll in das eigentliche Thema dieser Arbeit hineinführen.